



SP Info 06/2024

SP

MITGLIEDERVERSAMMLUNG
Traktanden auf Seite 2
Dienstag, 25. Juni 2024
19.30 Uhr, Alte Kaserne

**Ja zur Änderung des
Bildungsgesetzes, S. 2**

**Ja zu einer
inklusiven Partei, S. 4**

**Ja zu fairen
Mieten in Winti, S. 3**

Inklusion in Winterthur

Liebe Genoss:innen

Inklusion und Integration ist da, wo alle gemeinsam ein zu Hause finden. In einer idealen Gesellschaft haben alle Menschen die gleichen Chancen und Möglichkeiten, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer Nationalität, Religion oder ihrem Budget. Ist das ein Idealziel für Träumer:innen? Als Mitglieder einer inklusiven Partei ist es unsere Aufgabe, auf eine Gesellschaft hinzuarbeiten, die allen Menschen gerecht wird und niemanden ausschliesst.

In diesem SP Info befassen wir uns mit einigen Aspekten der Inklusion: von Menschen mit Beeinträchtigung oder vorläufig aufgenommenen Ausländer:innen, die hier studieren können müssen. Schliesslich kämpfen wir auch mit unserer Wohninitiative «Wohnen für alle», über die voraussichtlich am 24. November abgestimmt wird, für ein gemischtes Winterthur. Auch Familien oder ältere Menschen sollen weiterhin in dieser Stadt leben können – so selbstverständlich ist das gegenwärtig leider nicht. Die Parole zur Vorlage werden wir an der nächsten MV fassen. Ja zu fairen Mieten!

Wir freuen uns sehr, euch als Gast unserer nächsten MV Nationalrat Islam Alijaj ankündigen zu dürfen. Ge-

meinsam mit ihm werden wir darüber diskutieren, was wir als Partei zu einer integrativen Gesellschaft beitragen können. In unserer Vision haben alle Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe. Der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft ist mitunter auch anstrengend, und die Arbeit wird nie erledigt sein. Wir befinden uns auf einer ewigen Reise und sind froh um alle jene Stimmen, die unermüdlich ihre Teilhabe einfordern. Denn sie weisen uns den Weg.

Solidarische Grüsse



Franziska Tschirky & Markus Steiner
Präsidium

Parolen vom 22. September 2024

Kanton Zürich

JA Stipendien für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer (Änderung des Bildungsgesetzes)

Schweiz

JA «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft» (Biodiversitätsinitiative)

NEIN Reform der beruflichen Vorsorge (Änderung des Bundesgesetzes über berufliche Alters- und Invalidenvorsorge)



Abstimmung vom 22. September 2024

Ja zu Stipendien für vorläufig Aufgenommene

von Alan David Sangines, Kantonsrat

Am 22. September 2024 stimmt der Kanton Zürich über eine Änderung des Bildungsgesetzes ab. Diese sieht vor, dass sogenannte «vorläufig aufgenommene» Ausländer:innen Stipendien beantragen können, wenn sie eine Ausbildung oder ein Studium antreten.

Um wen geht es? Wenn eine Person in der Schweiz ein Asylgesuch stellt, wird geprüft, ob sie persönlich verfolgt ist. Wenn dies nicht der Fall ist, erhält sie kein Asyl. Allerdings kommen immer wieder Menschen aus Ländern mit allgemeiner Gewalt (Afghanistan) oder Krieg (Syrien). Da viele dieser Personen nicht individuell verfolgt sind, erhalten sie kein Asyl. Das Staatssekretariat für Migration prüft, ob eine Rückschaffung in das Heimatland zumutbar ist. Wenn es zum Schluss kommt, dass die Rückkehr zu gefährlich und darum nicht zumutbar ist, erteilt es eine vorläufige Aufnahme.

Statistiken zeigen: 90% aller vorläufig Aufgenommenen bleiben für immer in der Schweiz. Deshalb sieht der Bund vor, dass vorläufig Aufgenommene integriert werden müssen. Er setzt den Kantonen Integrationsziele, z.B. dass 2/3 aller 16-25-jährigen innert 5 Jahren in einer Ausbildung sein müssen.

Worüber stimmen wir ab? Heute können Personen

mit Niederlassungsbewilligung, EU-Bürger:innen und anerkannte Flüchtlinge ohne Wartezeit Stipendien beantragen, wenn sie die Kriterien erfüllen. Vorläufig Aufgenommene müssen 5 Jahre warten. Vorläufig Aufgenommene sollen neu zu den gleichen Kriterien stipendienberechtigt werden, wie die meisten übrigen Ausländer:innen. Damit fällt die Wartezeit von 5 Jahren weg.

Weshalb? Kantonsrat und Regierungsrat sind der Ansicht, dass die künstlichen 5 Jahre Wartezeit bei vorläufig Aufgenommenen kontraproduktiv ist. Bund und Kantone wollen, dass vorläufig Aufgenommene sich rasch integrieren müssen. Sie erhalten sehr tiefe Ansätze zum Leben (unter dem Minimum der Sozialhilfe!) und stehen so unter Druck, ein Einkommen zu erzielen. Viele entscheiden sich deshalb gegen eine Ausbildung, sondern für einen Job im Tieflohnsektor. Dies ist nicht nachhaltig. Mit dem Zugang zu Stipendien erhalten sie ein existenzsicherndes Einkommen während der Ausbildung. Das ist volkswirtschaftlich wie auch für die Gemeindefinanzen sinnvoll. Es werden mehr (dringend benötigte) Fachkräfte ausgebildet, die vom Bund vorgegebenen Integrationsziele können besser erreicht werden und die Gemeinden werden entlastet, indem sie nicht mehr für den Lebensunterhalt dieser Menschen aufkommen müssen.

Einladung zur Mitgliederversammlung

Dienstag, 25. Juni 2024, 19.30 Uhr, Alte Kaserne

Traktanden

- 1. Begrüssung**
- 2. Mitteilungen**
- 3. Inklusion**
Input und Diskussion mit Nationalrat Islam Alijaj
- 4. Parolenfassung Initiative «Wohnen für alle»**
- 5. Anträge**
- 6. Varia**

Mit Nationalrat Islam Alijaj



Abstimmung vom 24. November 2024 (voraussichtlich)

Ja zu fairen Mieten!

von Markus Steiner, Co-Präsident und Stadtparlamentarier

Wieso wir die Initiative als wichtig und richtig, wieso wir den stadträtlichen Gegenvorschlag als mutlos und den Kommissionsvorschlag als zahmen Papiertiger erachten:

1. Warum braucht es mehr gemeinnützige Wohnungen? Die Wohnungen von gemeinnützigen Bauträgern sind in der Regel 20% günstiger als alle anderen Mietwohnungen, weil sie zur Kostenmiete vermietet werden. Das heisst, die Miete ist nur so hoch, dass sie den Aufwand des Bauträgers deckt. Eine durchschnittliche 4,5-Zimmer-Wohnung in Winterthur, die auf dem freien Markt 1'800 Fr. kosten würde, würde in einer Genossenschaft rund 1'440 Fr. kosten. In Winterthur sind aber nur 11% der Wohnungen gemeinnützig. Für eine gute Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum und für eine ausgewogene soziale Durchmischung müsste der Anteil von gemeinnützigen Wohnungen viel höher sein.

2. Warum braucht es die Initiative, um den Anteil von gemeinnützigen Wohnungen zu erhöhen? Obwohl die Nachfrage nach Genossenschaftswohnungen sehr hoch ist, sinkt der Marktanteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus seit Jahren. Ein Beispiel: Eine freiwerdende 4,5-Zimmer-Genossenschaftswohnung für Familien im Mattenbach-Quartier hat letzthin über 600 Interessent/-innen angelockt. Eine bezahlbare Wohnung zu finden, gleicht für viele Familien einem 6er im Lotto. Das hat seinen Grund: Das Marktumfeld wird immer schwieriger. Gemeinnützige Bauträger können bei den hohen Bodenpreisen gar nicht mehr mithalten und haben kaum Zugang zu geeigneten Arealen. Deshalb braucht es griffige Massnahmen wie in der Initiative, damit mehr gemeinnützige Wohnungen entstehen können.

3. Etwas für die Liberalen: Wäre die Lösung nicht vielmehr, weniger Regulierung und mehr Markt? Wohnen ist kein Luxusgut, sondern ein Grundrecht, das in der Verfassung verankert ist. Und ein Gut, zu dessen Konsumation jeder Mensch gezwungen ist. Und der Boden ist eine beschränkte Ressource, die sich leider nicht vermehren lässt. Deshalb kann der Wohnungsmarkt nicht mit gewöhnlichen Konsumgütern gleichgesetzt werden und die reine Marktwirtschaftslogik ist da fehl

am Platz.

4. Verzerrt die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus nicht den Markt? Nein. Denn die tieferen Mietpreise der Genossenschaftswohnungen haben nichts mit allfälligen Fördermitteln der öffentlichen Hand zu tun, sondern begründen sich im Gewinnverzicht und dem Spekulationsentzug. Das günstigere Mietpreinsniveau der Genossenschaften hat auch einen preisdämpfenden Effekt auf den restlichen Wohnungsmarkt. Der gemeinnützige Wohnungsbau schafft somit einen dringend nötigen Marktausgleich.

5. Die Schweizer Verfassung schreibt vor, dass die Rendite auf Mieten gedeckelt ist. Laut geltendem Recht darf die Rendite auf einer Wohnimmobilie höchstens 0,5% über dem Referenzzinssatz liegen. Das ergibt aktuell einen Wert von 2%. Die Mieten sind aber massiv gestiegen, obwohl sie während rekordtiefer Zinsen und Inflation stark hätten sinken sollen. Laut einer Studie der Raiffeisenbank sind die Mieten 40% höher, als es gesetzlich erlaubt wäre. So bezahlen die Mieter jedes Jahr 14 Milliarden zu viel in der Schweiz. Das ist eben die riesige Staubsaugerwirkung und eine Umverteilung von Einkommen von unten nach oben. Aber wenn man diesen Skandal thematisiert, wird kritisiert, dass in Genossenschaften auch Leute mit einem Mittelstandeinkommen wohnen.

Es ist aber so: Nicht die Genosschafter:innen zahlen zu wenig Miete, sondern alle anderen zu viel. Die Folge davon: Menschen, die zu dieser Stadt gehören, werden immer weiter hinausgedrängt. Menschen, die in dieser Stadt aufgewachsen sind, die hier leben, arbeiten und auch Familien gründen. Menschen, die hier eine Vergangenheit haben und vor allem auch eine Zukunft haben wollen.

An dem wird sich aber nur etwas ändern, wenn Wohnraum als Kapitalanlage weniger attraktiv wird. Eine Möglichkeit, um das zu erreichen, ist, **viel mehr günstigen kommunalen Wohnraum zu schaffen**, um die Knappheit am Markt zu beenden. Aus diesem Grund haben wir diese Wohnbau-Initiative eingereicht. Wohnen muss für die Menschen in Winterthur bezahlbar bleiben.



AGENDA SP Winterthur

12. Juni
GV SP Altstadt-Mattenbach
19.30 Uhr, Hinterer Hecht

14. Juni
Feministischer Streik Winterthur
18.30 Uhr, Kundgebung & Demo
18.15 Uhr, Treffpunkt AG Frauen/Feminismus,
Altersheim Neumarkt

22. Juni
Bildungsmorgen «Mini-Timeout»
10.00 Uhr, SP/Unia, Lagerhausstr. 6

25. Juni
Neumitgliedertreffen
18.30 Uhr, Hinterer Hecht

25. Juni
Mitgliederversammlung
19.30 Uhr, Alte Kaserne

29. Juni
Zentrumsbeizli SP Zell
10.00 Uhr, Rikon

1. Juli
AG Frauen/Feminismus
19.30 Uhr, SP/Unia

5. Juli
Waldschenke-Sommerfest
ab 17.00 Uhr, Waldschenke

6. Juli
SP Oberi-Stamm
10.00 Uhr, Kaffee Augenblick

6. Juli
SP-Treff Veltheim-Wülflingen
10.00 Uhr, Rest. Caliente

15. Juli - 18. August
Sommerferien

3. August
SP-Treff Veltheim-Wülflingen
10.00 Uhr, Rest. Caliente

9. August
Sommerhöck SP Elgg
18.00 Uhr, Elgg

20. August
Parteivorstandssitzung
19.30 Uhr, SP/Unia, Lagerhausstr. 6

27. August
Neumitgliedertreffen
18.30 Uhr, Ortsangabe folgt

27. August
Mitgliederversammlung
19.30 Uhr, Waldschenke (voraussichtl.)

Der Weg einer inklusiven Partei

Franziska Tschirky, Co-Präsidentin

Die SP und ihre Mitglieder streben an, eine inklusive Partei zu sein – das ist alles andere als einfach. Als Unterstützung und Leitplanken erarbeitete die AG Inklusion der SP Schweiz ein Massnahmenpapier. Es enthält Empfehlungen, um Menschen mit Behinderungen den Zugang zu Anlässen zu gewährleisten oder wie Informationen aufbereitet sein müssen, um barrierefrei rezipiert werden zu können. Schliesslich soll die politische Teilhabe in den Kantonalparteien, Sektionen und den Organen allen möglich sein.

Einiges davon können wir in der SP Winterthur bieten, allem voran der Zugang bei Versammlungen und Anlässen, worauf wir ein Auge haben. Demgegenüber ist die Aufbereitung der barrierefreien Information (geschriebene und gesprochene Information, zusätzlich in Einfacher Sprache und Gebärdensprache) sehr aufwändig. Noch anspruchsvoller ist die Inklusion von psychisch und kognitiv Beeinträchtigten. Dieser Aspekt ist im Massnahmenpapier der SP Schweiz noch nicht abschliessend gelöst. Als Partei müssen wir uns dafür einsetzen, dass psychische Gesundheit genauso ernst genommen wird wie körperliche. Dies bedeutet, den Zugang zu angemessener psychischer Gesundheitsversorgung sicherzustellen und die Stigmatisierung von psychischen Beeinträchtigungen aktiv zu bekämpfen. Wir müssen eine Gesellschaft schaffen, in der auch Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen keine Diskriminierung erfahren, sondern Unterstützung und Verständnis. Das fällt uns selbst innerhalb unserer Partei nicht immer leicht.

Die Geschäftsleitung der SP Winterthur ist sehr interessiert, Betroffenen Unterstützung anzubieten. Sie sollen ihre Bedürfnisse mitteilen können, im Wissen darum, dass wir ernsthaft über die Verbesserungsmöglichkeiten nachdenken. Schliesslich geht es nicht darum, zum Vorhinein sämtliche Eventualitäten auszuschliessen, sondern eine offene Kommunikation zu etablieren, die auch individuelle Lösungen möglich macht.

Bildungsmorgen «Mini-Timeout»

Samstag, 22. Juni 2024, 10.00 Uhr

Die AG Bildung lädt die an Schule und Bildung interessierten Mitglieder herzlich zum Bildungsmorgen zum Thema Mini-Timeout ein. Christoph Fischbach, SP-Kantonsrat und Stadtrat/Schulpräsident Kloten, präsentiert die aktuellen Vorlagen und Positionen der SP Zürich zum Thema. Einblick in die Praxis der Mini-Timeouts gewährt Lena Aerni, Primarlehrerin und Vize-Präsidentin des Züricher Lehrer:innenverbands. Schliesslich werden Position der SP zum Thema Mini-Timeout sowie die Förderungsmassnahmen der Stadt Winterthur im Plenum diskutiert.

Anmeldungen nimmt Cristina Brunel entgegen: cristina.brunel@spwinti.ch.